



Russlands Angriffskrieg – gescheiterte Abschreckung

Dr. Klaus Olshausen

November 2022

Zusammenfassung

Politisches Handeln hat Folgen, wenn die Beurteilung des Gegners oder Feindes nicht zuvörderst dem folgt, was er ist und was er tut, sondern was er streng genommen sein oder tun müsste. Die Auffassung, dass Putin einen solchen Angriff doch nicht machen würde, hat eigenes Urteil fehlgeleitet. Und dem folgte die zweite Fehlbeurteilung, dass man die Eskalation zum Angriffskrieg vermeiden könne, wenn man die Unterstützung der Ukraine zur Selbstverteidigung vor einem Ausbruch des Kriege unterlassen bzw. eng begrenzen würde. Beides resultierte in einer gescheiterten Abschreckung. Jetzt ist die Lage für die Ukraine existenzgefährdend, aber auch NATO- und EU-Staaten spüren drastische Folgen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden ¹internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wütet jetzt schon über neun Monate. Und bei all den täglichen Gräueln und dem Leiden der ukrainischen Bevölkerung fragt man sich, warum Russland ihn begonnen hat.

Offensichtlich war Präsident Putin überzeugt, seinen Krieg erfolgreich durchführen zu können. Seit dem Frühjahr 2021 und besonders ab dem Sommer verfolgte er seinen ersten politischen Zweck, die Ukraine mit Russland zu vereinen und als eigenständigen Staat aufzulösen, mit steigender Entschlossenheit. Ab September ließ Putin in einem Großaufmarsch seine Streitkräfte im Norden – Osten – Süden der Ukraine aufmarschieren. Und im Dezember sandte er zusätzlich einschüchternde Vertragsentwürfe mit ultimativen Forderungen und kündigte bei Nichterfüllung „militärische Aktionen“ an.

Im Westen gab es drei Lesarten dieses Vorgehens, die das eigene Handeln mitgründeten.

1. Es handelt sich wie im Frühjahr 2021 um den Aufbau einer Drohkulisse, um die Ukraine zu Zugeständnissen in Luhansk und Donezk zu drängen und ihren endgültigen Verzicht auf einen Anschluss an NATO und EU zu erreichen.
2. Für den Fall, dass Putin angreifen lässt, hielt man eine lange und erfolgreiche Verteidigung durch die Ukraine für unwahrscheinlich und blickte eher darauf, wie man mit der eingetretenen Lage umgehen würde.
3. Selbst mit dem Großaufmarsch von 160.000 Soldaten und allen Luft- und Seestreitkräften kann er die Ukraine – das zweitgrößte Land Europas – nicht besetzen bzw. unterwerfen. Wenn die ukrainische Bevölkerung nicht in großem Umfang zur russischen Seite überläuft, kann er nur scheitern.

Am 24. Februar 2022 war klar, dass nichts Putin von seiner imperialen Obsession abgehalten hat, weder Politik und Vorbereitung der Verteidigung durch die Ukraine selbst noch diplomatische Anstrengungen vieler westlicher Staaten verbunden mit der Androhung eines „hohen Preises“ im Falle eines Angriffs.

Fakt ist, dass die Androhung scharfer wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Sanktionen, die allerdings im Januar nicht im Einzelnen festgelegt und Putin mitgeteilt waren, nicht ausreichende abhaltende Wirkung erzielt haben. Das heißt, solche angedrohten Maßnahmen hatten aus westlicher Sicht einen (nachträglichen) Bestrafungscharakter. Sie bewirkten aber keinerlei Abhaltung Putins von seinem Angriff.

Eine langsam wirksame Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine gegen einen russischen Angriff fand erst statt, nachdem der russische Vormarsch begonnen hatte. In einigen Staaten von NATO und EU wurde, ja wird auch danach noch diskutiert, ob und welche militärische Ausstattung für eine erfolgreiche Verteidigung denn notwendig und angemessen sein würde.

Allerdings wurden durch die NATO bereits vor, aber v.a. nach Putins Angriffsbeginn wesentliche militärische Maßnahmen im Bündnis eingeleitet, um Russland durch eigene glaubwürdige Verteidigung, wenigstens nun von jedem Gedanken, Planen oder Ausführen eines Vorstoßes gegen Bündnisstaaten abzuhalten.

Im Blick auf

- diesen Sachverhalt für das NATO-Bündnisgebiet
- den von den westlichen Staaten immer wieder gemeinsam betonten politischen Zweck der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und
- den seit neun Monaten anhaltenden Krieg



ist es angemessen über diejenigen Dinge zu sprechen, die sich vor Kriegsbeginn nicht wirklich zugetragen haben, die aber wahrscheinlich waren und deshalb aus der Betrachtung schlechterdings nicht wegbleiben dürfen.

1. Die beiden westlichen Staaten des Budapester Memorandums von 1994 – die USA und Großbritannien – waren gefordert, schon im Verlauf des russischen Truppenaufbaus zu signalisieren, dass sie Ihrer Verantwortung aus diesem Dokument nachkommen werden.
2. Alle Staaten, die heute die Ukraine unter Kriegsbedingungen auch militärisch unterstützen, hätten diese Ausrüstung der Ukraine schon aufgrund der russischen Drohkulisse zur Verfügung stellen können. Das hätte die Abwehrbereitschaft der Ukraine erhöht und so ein Element bilden können, Putin von risikoreichen Schritten abzuhalten.
3. Die Staaten der NATO und der EU sowie Partner konnten mit Hinweis auf Artikel 51 der VN- Charta nicht nur diese Unterstützung der Ausrüstung und Ausbildung intensivieren, sondern auch erkennen lassen, dass sie der Ukraine in der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung beistehen werden, ohne Details zur Kenntnis zu geben.

Keiner kann heute sagen, welchen Eindruck diese Schritte Ende 2021 und Anfang 2022 auf Putin und Russland gehabt hätten. Aber es ist klar, dass darin Elemente stecken, die deren Risikokalkül wesentlich beeinflusst hätten. Ein „Abhalten“ vom großen Angriff gegen die Ukraine – und den Westen – konnte denkbar sein.

Staaten von NATO und EU sind diese Schritte nicht gegangen. Das Androhen eines „hohen Preises“, wenn der Angriff erfolgt, hat jedenfalls nicht abschreckend gewirkt. Und wenn es überhaupt in Putins Risikokalkül eingegangen ist, dann wurde es durch zwei öffentlich geäußerte Festlegungen der Staaten von NATO und EU vor Kriegsbeginn drastisch vermindert.

Jedenfalls haben die frühen öffentlichen Bekundungen, dass man im Fall eines Angriffs keine (militärischen) Maßnahmen im Rahmen der NATO durchführen wird und dass die rechtliche Möglichkeit nach Artikel 51 im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung, der Ukraine mit eigenen Truppen beizuspringen, ausgeschlossen blieb, offensichtlich die Entscheidungen zum Angriff nicht gehemmt, sondern wahrscheinlich begünstigt. Die Archive werden es zeigen können.

Weil man – in einer Art Selbstabschreckung – glaubte, der Drohkulisse zur Vermeidung von Eskalation nur Verbales entgegenzusetzen zu sollen, hat man Putins Risikoschwelle gesenkt. Jetzt muss man sich den weitaus härteren Herausforderungen stellen und hat der Ukraine ein unsägliches Schicksal nicht erspart, sondern aufgebürdet.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien in geringfügig kürzerer englischer Fassung erstmalig in *Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik*, Nr.382, 28. November 2022.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

